

# Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.

**Abonnementspreis** im Monat einschließlich Bringerlohn 2.— Mk., bei Selbstabholung 1.80 Mk. — Durch die Post bezogen vierteljährlich 6.— Mk., für 1 Monat 2.— Mk. (Bestellgeld vierteljährlich 90 Pfg., monatlich 30 Pfg.). — Postcheckkonto Nr. 58 477.

**Redaktion:**  
Leipzig, Tauchaer Straße 10/21.  
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig.  
Fernsprecher: 18 008.

**Inseratenpreise:**  
Die 7 gespaltene Pettizelle 50 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 70 Pfg. Desgl. bei Platzvorschrift 55 Pfg. und 40% Feuerungszuschlag = 77 Pfg. Schluß der Annahme von Inseraten für die künftige Nummer früh 9 Uhr. Postcheckkonto Nr. 58 477.

Erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Verlag in Leipzig, Tauchaer Straße 10/21, Fernsprecher: 4500 • Inseraten-Abteilung Fernsprecher: 2721.

## Noske für v. d. Goltz.

Ein Anschauzer für den Vormärts.

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Anlässlich des Glückwunschtelegramms des Generals v. d. Goltz an die baltischen Truppen holte der Vormärts diesen und einem andern Offizier den Hinweis aus der Reichswehr angeklündigt. Dafür hat er jetzt vom Reichswehrminister Noske folgenden charakteristischen Brief erhalten:

„Am Vormärts vom 18. Oktober morgens ist die Verabschiedung zweier Generale in einer Form angezeigt, von der ich w'it abrückte. Wenn dort von „Getauscheren“ des einen, und im „großen Wagen folgen“ des andern gesprochen wird, so kann ich es nur verzeihen, wenn in einer derartigen Weise von Generalen gesprochen wird, deren Auffassungen und Wege sich von den meinen trennen, deren langjährigen Friedens- und Kriegsdienste diese aber vor solchen Ausdrücken schützen müßten. Was den sachlichen Teil der Notiz anbelangt, so entscheidet der Reichspräsident nach Recht und Gesetz über die Verabschiedung von Offizieren.“

Der Vormärts wird sich den jährlichen Anschauzer des für seine Generäle besorgten Herr Noske hinter den Spiegel stecken können. Das politisch und moralisch verlorne Blatt, das getreue Spiegelbild der Noskepartei, hat auch diese Ohrfeige schweigend hinzunehmen.

## Genosse Baake noch immer in Lebensgefahr

Berlin, 22. Oktober. (Eigene Drahtmeldung der L. V.) Ueber das Befinden des Genossen Baake hat der behandelnde Arzt, Geheimrat Ritter, dem Reichswehrministerium folgende Mitteilung gemacht: Obwohl seit vorgestern eine gewisse Besserung festzustellen ist, kann doch nicht davon gesprochen werden, daß die Lebensgefahr beseitigt ist. Das Fieber ist gesunken, doch besteht die vollständige Beseitigung des gesamten Schuffanals, die jeden Eingriff erschwert, weiter fort. Die Kräfte werden sich voraussichtlich in kurzer Zeit erheben.

## Zur Beteiligung an der Washingtoner Konferenz.

Berlin, 21. Oktober. Offiziell verlautet: Wegen der Entsendung deutscher und österreichischer Delegierter zu der bevorstehenden Arbeiterkonferenz in Washington, fanden sowohl von Regierungseite wie von den Gewerkschaftsverbänden weitere Verhandlungen statt. Nach dem Ergebnis dieser Verhandlungen erscheint es angingig, von der bisherigen ablehnenden Haltung gegenüber der Frage der Besichtigung der Konferenz durch deutsche Vertreter abzuweichen. Dem deutschen Gewerkschaftsverband ist durch neutrale Vermittlung eine Erklärung zugegangen, daß der oberste Rat der alliierten und assoziierten Regierungen die Zulassung der deutschen und österreichischen Delegierten als vollberechtigte Mitglieder zur Konferenz empfohlen hat, so daß auf diese Zulassung in der ersten Sitzung der Konferenz mit Sicherheit zu rechnen ist. Dies ist dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Paris bestätigt worden. Die deutsche Regierung hat sich unter diesen Umständen in Uebereinstimmung mit der Auffassung des Deutschen Gewerkschaftsverbandes entschlossen, Delegierte nach Washington zu entsenden. Außer zwei Regierungsvertretern und je einem Vertreter der Arbeiter und Arbeitgeber werden der deutschen Delegation eine Anzahl Sachverständiger angehören. Die Abreise wird voraussichtlich gemeinschaftlich mit den österreichischen Delegierten Ende dieser Woche erfolgen. Da der Beginn der Konferenz, der ursprünglich auf den 20. Oktober angesetzt war, voraussichtlich um einige Tage verschoben wird, steht zu erwarten, daß die deutschen und österreichischen Delegierten noch rechtzeitig zum Anfang der sachlichen Verhandlungen in Washington eintreffen werden.

## Vor neuen Zwangsmahnahmen der Entente!

Berlin, 22. Oktober. Der oberste Rat hat von allen Anschlägen der Konferenz bis zum 28. Oktober Berichte darüber gefordert, welche Bedingungen des Waffenstillstandsvertrages die Deutschen nicht erfüllt haben, um Maßnahmen zur Erzwingung ihrer Durchföhrung zu ergreifen.

## Schließung der Schulen in Wien.

Wien, 22. Oktober. L. U. meldet: Die aus zuverlässiger Quelle verlautet, sollen infolge der Kohlennot alle Schulen in der Zeit vom 15. November bis 15. Februar 1920 geschlossen werden. — Daß Cafés und Kinos ihre Pforten geschlossen hätten, hat man noch nicht vernommen.

## Sozialistische Kandidaten in Paris.

Genf, 22. Oktober. (L. U.) Die sozialdemokratischen Vereine von Paris und Umgebung haben ihre Kandidatenliste für die bevorstehenden Kammerwahlen aufgestellt. Die Abgeordneten Rozier, Delanue, Savre und Favre, die auf dem rechten Flügel der Partei stehen und für sämtliche Kandidaturen gestimmt haben, sind nicht in die Liste aufgenommen worden, die einen entschiedenen Aus nach links trägt. Unter den neuen Namen befindet sich auch der des Hauptmanns Saboni, der, wie erinnerlich, in einer offiziellen Mission in Rußland h'ort geblieben ist und sich den Bolschewisten angeschlossen hat.

# Die Unabhängige Sozialdemokratie und die Ostpolitik.

Die Regierungen der Ententestaaten haben neue Schritte unternommen, um die verschärfte Blockade Sowjetrußlands zu verwirklichen. Für das Proletariat der ganzen Welt ist damit eine neue Lage geschaffen: es muß seine ganze Kraft zusammenfassen, um entscheidend in die Ostpolitik der Regierungen einzugreifen und die internationale Verschwörung des Kapitals zu vereiteln.

Die russische Sowjetrepublik ist auf allen Seiten von Feinden bedroht, die unter dem Schlagtruf „Gegen den Bolschewismus“ in Wahrheit gegen alle Sozialisten der Welt kämpfen. Im Osten Sowjetrußlands steht Kolltschak; mehrere Male bestegt und zurückgeschlagen, sammelt er immer wieder Truppen gegen Moskau. Vom Süden her rückt Denikin gegen Moskau vor. Petersburg wird von den Truppen General Judenitschs und von der englischen Flotte bedroht. An der Westfront sammelt sich neben den Polen, die die Rolle des Gendarmen der Entente spielen, die konterrevolutionäre Armee der deutschen und russischen Monarchisten; von Kurland und Litauen aus hat sie ihren Vormarsch begonnen, um ihren Teil von der Beute zu nehmen.

Eine mehr passive Rolle bei diesem Kesseltreiben gegen Sowjetrußland spielen die ehemals russischen Randvölker, die Esten, die Letten, die Litauer, die Weißrussen, die Ukrainer. Die Abneigung gegen den Bolschewismus und den großrussischen Zentralismus hat auch viele kleinbürgerliche und bäuerliche Schichten in diesen Ländern den Feinden Sowjetrußlands in die Arme getrieben. Sie fürchten aber nicht minder den Sieg Kolltschaks und Denikins, die ihnen nicht nur ihre Selbständigkeit, sondern auch den Grund und Boden rauben und sie in die zaristische Sklaverei zurückstoßen würden. Sie fürchten auch die Festlegung der Entente in den Randländern, die ihnen ökonomische Unterjochung und Abhängigkeit bringen würde. Vor allem aber fürchten sie die deutschen Reaktionen und Militaristen, die ihre raubgierigen Finger wieder nach dem Osten ausgestreckt haben.

Die Besorgnis vor den offenen und verkappten Räubern aus dem Westen macht die Regierungen der russischen Randländer geneigt, dem Verlangen der dortigen Sozialisten stattzugeben:

## Frieden mit Sowjetrußland zu schließen.

Diese Friedensbereitschaft muß vom deutschen und vom westeuropäischen Proletariat gefördert, sie muß als Grundlage für eine Aktion in allen Ländern benutzt werden, die die Bahn freimacht für den Gesamtfrieden im Osten, zu dem sich die Sowjetregierung in feierlichen Kundgebungen an alle Regierungen mehrfach bereit erklärt hat.

Dieser Friede wird nur möglich, wenn das gesamte europäische Proletariat den stärksten Druck auf seine Regierungen ausübt und sie zwingt, ihre militärischen Expeditionen und die mörderische Blockade gegen das russische Volk einzustellen, jegliche offene und verkappte Unterstützung der Kolltschak, Denikin, Judenitsch, Awalow-Bermondts zu unterlassen und von der politischen und wirtschaftlichen Vergewaltigung der Randvölker, von jeder Ausnutzung dieser Völker zum Kampf gegen Sowjetrußland Abstand zu nehmen. Solange der westeuropäische Imperialismus das Chaos und die Anarchie im Osten künstlich aufrechterhält und die Ostländer als Werkzeuge seiner Politik mißbraucht, kann es nicht zum Frieden kommen.

Das deutsche Proletariat hat hierbei besondere Aufgaben zu erfüllen: Sein Kampf gegen die Russenpolitik der Westmächte ist zugleich

## ein Kampf gegen die deutsche Gegenrevolution

die im Osten erstarkt. Das baltische Abenteuer der deutschen Militärs, das Auftreten des Grafen Goltz und anderer Offiziere, die Konspirationen zwischen den Häuptern der deutschen Schwerindustrie, des Adels und der Militärskamarilla mit den Führern der russischen monarchistischen Gegenrevolution geben den vollen Beweis, daß die deutschen Imperialisten und Militaristen bei günstiger Gelegenheit sich im Osten für ihre Verluste und Niederlagen schadlos halten und die russische Gegenrevolution als Sprungbrett für die Gegenrevolution in Deutschland benutzen wollen.

## Die Zentralkommission und die Fraktion der Nationalversammlung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Die ablehnende Haltung der Entente den deutschen Imperialisten gegenüber macht diese in ihren Plänen nicht irre. Sie suchen die Furcht des Ententekapitals vor der deutschen Konkurrenz im Osten zu zerstreuen, indem sie ihnen die Vorteile der deutschen Waffenhilfe, die Tüchtigkeit der deutschen Generale und Landsknechte beim Feldzug gegen Moskau vor Augen führen. Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, kommt den deutschen Feinden des Sozialismus und der Demokratie nicht unangelegen. Bietet ihnen die Entente als Gegenleistung mehr Soldaten für die Reichswehr und einen Teil der russischen Beute, so werden sie sich auch in dieser Frage mit dem „Erb- und Landesfeind“ verständigen.

Wir brandmarken die Pläne der deutschen Militaristen und Imperialisten, wie die gegenrevolutionären Maßnahmen der Ententeregierungen. Wir erheben unsere Anklage gegen die Verbündeten, die die deutschen Militaristen im Osten verüben. Wir protestieren gegen die Liebesdienste, die die Regierung ihnen und den ihnen verbündeten zaristischen-Gegenrevolutionären erwiesen hat. Wir sagen schärfsten Kampf an der Verschwörung, die sich gegen die russische wie gegen die deutsche Revolution richtet. Diesem räuberischen, arbeitserfindlichen Treiben hat sowohl die Regierung als der Arbeitermann die Regierung Bauet durch ihre Politik offen und insgeheim Vorschub geleistet.

## Protest gegen die Interventionspolitik der Entente

im Osten. Diese Politik ist ein Verbrechen an den Völkern Rußlands und an der Zukunft der Welt. Wir begrüßen die Aktionen, die von unsern Genossen in den Ländern der Entente mit zunehmender Wucht gegen die Blockade Sowjetrußlands und für die Friedensverhandlungen mit der Sowjetregierung unternommen werden; auch wir sind entschlossen, diesen Kampf, den wir seit Monaten führen, mit aller Energie fortzusetzen. Das allein kann dem blutigen Chaos im Osten ein Ende setzen, den Sozialismus retten und das Aufsteigen einer finsternen Reaktion verhindern, die das Proletariat aller Länder bedroht.

Von der deutschen Regierung verlangen wir, daß sie endlich mit wirksamen Taten eine klare, ehrliche Stellung in der Ostpolitik einnehme. Alle Personen in amtlicher Stellung, die durch Handlungen oder Unterlassungen die jegliche Entwicklung Deutschlands im Osten verschuldet oder sich an der Verschwörung mit den russischen Gegenrevolutionären beteiligt haben, sind ihrer Posten zu entheben und unter Anklage zu stellen. Alle Militärs, die dem Rückkehrbefehl der Regierung keine Folge leisteten, sind unverzüglich ihrer staatsbürgerlichen Rechte verlustig zu erklären. Die Beteiligung an dem Menschenhändler für die russischen weißen Garden und die Verbündungen unter den noch immer in Deutschland zurückgehaltenen russischen Kriegsgefangenen sind unter strenge Strafe zu stellen.

Die Aufforderung der Entente, an der Blockade Rußlands teilzunehmen, ist abzulehnen. Zugleich hätte die Regierung ihre Bereitwilligkeit zu erklären, unverzüglich die diplomatischen Beziehungen und den wirtschaftlichen Verkehr mit Sowjetrußland wieder aufzunehmen.

Ueber diese Mindestforderungen hinaus muß das deutsche Proletariat bereit sein, Anschläge von deutscher Seite gegen die Sowjetrepublik oder die russischen Randstaaten zu vereiteln und den Abwehrkampf unserer russischen Genossen zu unterstützen. Das deutsche Proletariat darf schon in seinem eigenen Interesse nicht dulden, daß die russische Revolution niedergeschlagen werde. Der internationalen Front des Kapitals gilt es, die

## internationale Front des Proletariats

entgegenzustellen. Ueber die noch immer gesperrten Grenzen hinweg strecken wir den russischen Genossen die Bruderhand entgegen, von der Ueberzeugung durchdrungen, daß es dem gemeinsamen Kampfe des internationalen Proletariats gelingen muß, der Weltreaktion Herr zu werden und die Sache des Sozialismus zum Siege zu führen.